

an die Universität Erlangen angegliedert" würden. Zur Begründung war angeführt, das Finanzministerium habe die Übernahmen der Finanzierung der MG durch den bayerischen Staat davon abhängig gemacht, daß das Institut als "ein von der Verwaltungsstelle Berlin unabhängiges Landesinstitut" einer bayerischen Landesuniversität angegliedert und eine Personalunion zwischen dem Inhaber des betreffenden Lehrstuhls und dem Leiter des Instituts geschaffen werde. Wie sich bald herausstellte, war diese von völliger Verkennung der Rechtslage und des inneren Aufbaus der MG zeugende Maßnahme von dem Ministerialdirektor im bayerischen Unterrichtsministerium Prof. Th. Süss getroffen worden, der auf diese Weise den Interessen seiner heimischen Universität - er war Ordinarius in Erlangen - zu dienen gedachte. Allein gerade hier stieß er auf entschiedenen Widerstand, da sowohl der Vertreter der mittelalterlichen Geschichte Prof. Frhr. v. Guttenberg wie auch der Rektor der Universität das Projekt mit aller Bestimmtheit ablehnten. Auch W. Goetz legte in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der ZD lebhaften Protest beim Unterrichtsministerium ein. Dieses aber befand sich damals gerade selbst in einer Krise, die durch neue Eingriffe der Besatzungsbehörde in die Personalverhältnisse der Hochschulen ausgelöst war und zum Rücktritt des Ministers Fendt führte; mit ihm schied auch Ministerialdirektor Prof. Süss aus dem Amt. So konnte Goetz erst am 28. 11. zu einer Besprechung mit dem nunmehrigen provisorischen Leiter des Ministeriums Staatsrat Meinzolt gelangen, der ihm erklärte, daß der Erlanger Plan durch den Einspruch der dortigen Herren erledigt sei, und ihn ermächtigte, sich statt dessen nach einer Unterbringungsmöglichkeit in München umzusehen. Jedoch ergaben sich in den unteren Rängen der Ministerialbureaukratie noch Weiterungen und die Verhandlungen zogen sich durch den ganzen Winter hin. Schließlich war es vor allem der vornehmen Loyalität Prof. v. Guttenbergs zu danken, daß eine allerseits befriedigende Lösung des Konflikts herbeigeführt werden konnte. Er hatte sich von vornherein vorbehaltlos auf den Boden der ZD gestellt und dem Ministerium entgegengehalten, daß ihr die wissenschaftliche Leitung der MG ebenso wie die Wahl des Präsidenten immer zugestanden habe und daß diese altüberkommenen Rechte, die nur von der nationalsozialistischen Regierung durchbrochen worden seien, jetzt wieder in Kraft treten müßten. Dagegen erklärte er sich bereit, die verwaltungsmäßige Betreuung der Dienststelle Pommersfelden zu übernehmen, aber auch das nur interimistisch bis zur Herbeiführung einer endgültigen Regelung. Dieser Stellungnahme stimmte das Ministerium zu, und so wurde die Auszahlung der staatlichen Zuschüsse an Pommersfelden ab 1. April 1947 von der Universitätskasse Erlangen übernommen; gleichzeitig wurden dem Landratsamt Höchstädt a.d. Aisch die geleisteten Zuschüsse in Höhe von 61 575,64 M. zurückerstattet. Durch diesen Verlauf der Episode hatte die Stellung der neugebildeten ZD eine wesentliche Verstärkung